



## GdP erwartet kurze, aber schwierige Tarifrunde

**Am 21. Januar beginnen in Berlin die Tarifverhandlungen für die knapp eine Million Beschäftigten der Länder und damit indirekt auch die Verhandlungen über die Bezüge von 2,3 Millionen Beamten und Versorgungsempfängern. Nur zwei Verhandlungsrunden später, am 28. Februar/1. März 2019, soll der Tarifabschluss bereits stehen. Darauf haben sich die Verhandlungsführer der beiden Tarifpartner, die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, zu der auch die GdP gehört, bereits verständigt. Trotz des im Vergleich zu den Vorjahren deutlich kürzeren Verhandlungszeitraums erwartet die GdP eine schwierige Tarifrunde.**

Zum einen müssen 2019 die Einkommen im öffentlichen Dienst deutlich erhöht werden. Vor allem bei qualifizierten Tätigkeiten, denn dort wird es immer schwieriger, genügend Bewerberinnen und Bewerber zu finden. Dazu ist der Einkommensunterschied zur Privatwirtschaft zu groß. Zum anderen gibt es inzwischen auch innerhalb des öffentlichen Dienstes massive Einkommensunterschiede. Wer beim Land Nordrhein-Westfalen eingestellt ist, bekommt rund zehn Prozent weniger, als wenn er die gleiche Tätigkeit beim Bund ausüben würde. Auch diese Lücke soll bei den im Januar beginnenden Tarifverhandlungen geschlossen werden, um in Zukunft genügend Bewerberinnen und Bewerber für eine Tätigkeit beim Land zu gewinnen und zu halten.

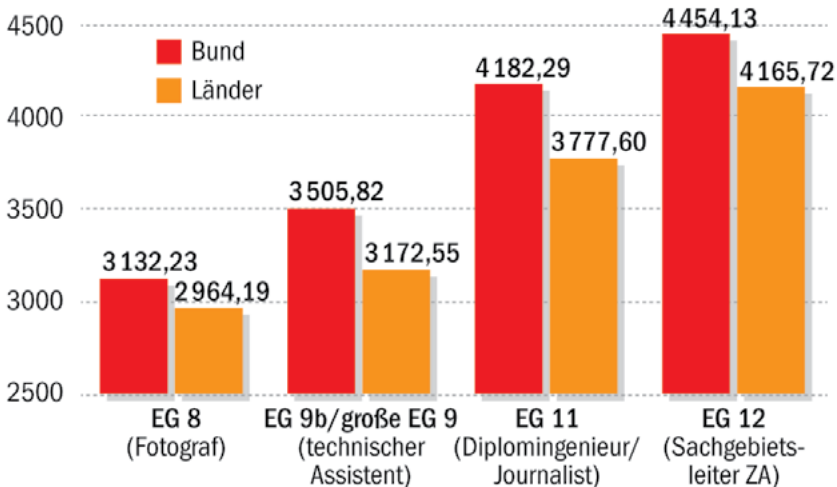
Mit welchen konkreten Forderungen die Gewerkschaften in die Tarifverhandlungen mit den Ländern gehen werden, wollen sie Ende Dezember entscheiden. Die Diskussion darüber hat auch in der GdP bereits begonnen. Den Auftakt dazu hat das Tarifpolitische Forum am 19. Oktober gesetzt. In mehreren Workshops hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine bessere Bezahlung der Landesbeschäftigten gefordert. Ganz deutlich war auch, dass mindestens eine Angleichung an den TVöD erfolgen muss. Diskutiert wurde auf dem Tarifpolitischen Forum auch über weitere Forderungen wie eine Ausweitung des Urlaubsanspruchs, die Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit und die Forderung nach einer stufengleichen Höhergruppierung.

In der Sitzung der Großen Tarifkommission des Landesbezirks am 7. November wurden die Positionen noch einmal bestätigt. Grundlage des Votums war auch eine Abfrage zu den Erwartungen der Mitglieder an die Tarifrunde 2019. Auch hier hatten viele eine deutliche Einkommenserhöhung gefordert. „Um konkurrenzfähig zu bleiben müssen, wir 2019 mindestens eine Angleichung an die Einkommen im Bund durchsetzen“, fasst Jutta Ja-

kobs, die Vertreterin des Tarifbereichs im Geschäftsführenden Landesvorstand der GdP, die Stimmung zusammen. Eine wesentliche Rolle werden ihrer Einschätzung nach bei den Tarifverhandlungen aber auch die Themen Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Reduzierung der Arbeitszeit von lebensälteren Beschäftigten und die stufengleiche Höhergruppierung spielen. Gerade der letzte Punkt ist im TVöD längst geregelt. „Dass im öf-

### Deutliches Gefälle zum Bund

Einkommen der Tarifbeschäftigten beim Bund (TVöD) und den Ländern (TV-L) in Euro/Monat\*



\* jeweils Entwicklungsstufe 3; Bund: einschließlich der ab dem 01.03.2020 geltenden 3. Erhöhungsstufe



**In den vergangenen Jahren sind die Einkommen der Beschäftigten der Länder immer weiter hinter der Entwicklung der Tarifgehälter beim Bund zurückgefallen. Wer beim Land Nordrhein-Westfalen arbeitet, bekommt inzwischen rund zehn Prozent weniger, als wenn er die gleiche Tätigkeit beim Bund ausüben würde. Diese Lücke soll bei den im Januar beginnenden Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder geschlossen werden.**



fentlichen Dienst etwas passieren muss, ist Fakt. Davon werden wir uns auch nicht abbringen lassen!“, betont Jakobs. „Schließlich hat es etwas mit Wertschätzung zu tun, dass die vorhandenen Missstände endlich beseitigt werden.“

Am 11. und 12. Dezember wird sich die Bundestarifkommission GdP in Hilden treffen, um aus den Rückmeldungen aus den einzelnen Bundesländern eine einheitliche Forderung der GdP für die Tarifverhandlungen zu formulieren. Auf dieser Basis geht

die GdP Ende Dezember in die Gespräche mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, um ein gemeinsames Forderungspaket zu entwickeln. Erst dann stehen die Forderungen der Gewerkschaften endgültig fest.

## **Wir müssen uns laut und unüberhörbar einmischen! Sonst können wir die Gehaltsdifferenz nicht schließen**



Bis Oktober 2005 galt für die öffentlichen Dienste ein einheitlicher Tarifvertrag. Dann wurde der BAT, der Bundesangestelltentarifvertrag, für die Beschäftigten beim Bund und den Kommunen durch den TVöD abgelöst, den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst. Ein Jahr später, am 1. November 2006, folgte für die Beschäftigten der Länder der TV-L, der Tarifvertrag deutscher Länder. Seitdem haben sich die Einkommen im öffentlichen Dienst immer weiter auseinanderentwickelt. Auf inzwischen mehr als zehn Prozent Gehaltsdifferenz gegenüber dem Bund. Eine Fehlentwicklung, vor der die Gewerkschaften immer gewarnt hatten, weil die Unterbezahlung der Landesbeschäftigten die Attraktivität und Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes gefährdet. Das haben inzwischen offenbar auch die Politiker erkannt.

Die Chancen, dass es bei den Ende Januar beginnenden Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder einen ordentlichen Sprung nach vorne geben wird, stehen deshalb nicht schlecht. Aber auch 2019 wird uns nichts geschenkt! Deshalb ist es wichtig, dass wir uns

als Beschäftigte des öffentlichen Dienstes bei den im Januar beginnenden Tarifverhandlungen laut und unüberhörbar zu Wort melden. Das gilt nicht nur für die Tarifbeschäftigten der Polizei, sondern genauso für die Polizistinnen und Polizisten und für die Verwaltungsbeamten und Pensionäre der Polizei. Denn es geht um unser aller Einkommen!

Wann und wo die GdP ihre Mitglieder zu spontanen Arbeitskampfmaßnahmen und Demonstrationen aufrufen wird, hängt vom Verlauf der Tarifverhandlungen mit den Ländern ab. Aber dass wir in den nächsten Wochen in eine Situation kommen können, in der wir auf die Straße gehen müssen, um unüberhörbar zu sein, zeichnet sich bereits heute ab.

Und noch etwas steht bereits fest: Nur fünf Wochen liegen zwischen dem Beginn der Tarifverhandlungen am 21. Januar und der dritten, voraussichtlich entscheidenden Tarifrunde am 28. Februar/1. März. Dass sich beide Tarifparteien auf ein so enges Zeitgerüst verständigt haben, spricht dafür, dass auch die Arbeitgeber den Ernst der Lage erkannt haben. Für die GdP heißt das aber auch: Wir müssen mögliche Arbeitskampfmaßnahmen sehr schnell umsetzen. Auch darauf sollte sich jeder bereits vorbereiten. Denn wir brauchen eure Unterstützung, wenn wir unüberhörbar sein wollen!

**Michael Mertens,**  
Landesvorsitzender

## **Beamte und Versorgungsempfänger sitzen von vornherein mit am Tisch**

In drei Verhandlungsrunden wollen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und die Vertreter der Länder zu einem Tarifabschluss kommen. Nach dem Auftakt der Tarifverhandlungen am 21. Januar in Berlin sind zwei weitere Runden am 6./7. Februar und am 28. Februar/1. März in Potsdam geplant. Dann soll der Abschluss stehen.

Auch wenn es formal bei den Tarifverhandlungen nur um die Einkommen der rund eine Million Tarifbeschäftigten der Länder geht, sitzen die

Beamten und die Versorgungsempfänger von Anfang an mit am Tisch. Denn für die Gewerkschaften gehört die Übertragung des Tarifabschlusses ohne jeden Abstrich auf die Beamten und die Versorgungsempfänger mit zu den Kernforderungen der Tarifrunde. Das wissen auch die Arbeitgeber.

Für die GdP steht deshalb fest: Sollten im Verlauf der Tarifverhandlungen Arbeitskampfmaßnahmen und Aktionen notwendig werden, wird sie dazu nicht nur die Tarifbeschäftigten aufrufen,

sondern auch die Polizistinnen und Polizisten, die Verwaltungsbeamten und die Pensionäre bei der Polizei.

Auch 2019 kann es notwendig sein, mit symbolischen Arbeitsniederlegungen wie der Aktiven Mittagspause, mit gezielten Nadelstichaktionen in einzelnen Behörden und Demonstrationen den Druck auf die Bundesländer zu erhöhen. Erste Vorbereitungen dazu sind bereits angelaufen, damit wir schnell reagieren können, sollten die Verhandlungen ins Stocken geraten.



## Endlich! 2019 werden in NRW Spuckhauben für aggressive Täter angeschafft

Mehr als 900 Polizisten sind im vergangenen Jahr in NRW bei Einsätzen bespuckt worden. Die Spuckattacken sind nicht nur ekelerregend, sondern auch gesundheitsgefährlich. Die GdP hat deshalb bereits seit Längerem gefordert, dass auch die Polizisten in NRW mit Spuckhauben ausgestattet werden, die aggressiven Tätern übergezogen werden können, um sie ruhig-zustellen. So, wie das in Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Baden-Württemberg üblich ist.

Bereits im Sommer hatte Innenminister Herbert Reul (CDU) seine

grundsätzliche Sympathie für die Forderung der GdP erklärt. Jetzt hat er der Ankündigung Taten folgen lassen: Ab Januar kommenden Jahres werden in sechs Polizeibehörden mit besonders vielen Spuckattacken verschiedene Spuckhauben auf ihre Praxistauglichkeit hin getestet. Ab der zweiten Jahreshälfte 2019 ist dann eine flächendeckende Einführung in ganz NRW geplant.

GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens hat die Entscheidung des Innenministers ausdrücklich be-

grüßt: „Auch mit den neuen Hauben werden wir nicht alle Spuckattacken gegen unsere Kolleginnen und Kollegen verhindern“, erklärte Mertens gegenüber den Medien, „aber mit ihrer Hilfe können wir zumindest Intensivstraftätern, die in der Vergangenheit immer wieder Polizisten angegriffen und bespuckt haben, ruhig stellen“. Zudem werde aggressiven Tätern, die festgenommen worden sind, die Möglichkeit genommen, von der Rücksitzbank des Streifenwagens aus die Beamten weiter anzuspucken.

## Präventivhaft für Gefährder wieder gestrichen

Bis zum Jahresende will die schwarz-gelbe Landesregierung ihren veränderten Entwurf für das neue Polizeigesetz durch den Landtag bringen. Die Chancen, dass das Gesetz von einer breiten Mehrheit getragen wird, stehen gut, auch wenn die Kritik der SPD an den neuen Eingriffsbefugnissen der Polizei zwischenzeitlich etwas lauter geworden war.

Auch die GdP hat den veränderten Gesetzentwurf begrüßt. „Die Entschärfung des ursprünglichen Gesetzentwurfs hat dazu beigetragen, dass das neue Polizeigesetz von einer breiten Mehrheit in der Bevölkerung mitgetragen wird. Das ist wichtig für die Arbeit der Polizei“, hatte GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens bei einer Expertenanhörung am 13. November im Düsseldorfer Landtag betont. In ihrer Stellungnahme hatte die GdP allerdings Änderungsbedarf in zwei zentralen Feldern angemahnt: Zum einen ist es aus Sicht der GdP nicht nachvollziehbar, dass nach dem geänderten Gesetzentwurf terroristische Gefährder nicht mehr länger in Unterbringungsgewahrsam genommen werden können. Zum anderen sieht die GdP weiteren Handlungsbedarf bei der sogenannten Quel-

len-TKÜ. Bei der „Sauerland-Gruppe“ ist es der Polizei gelungen, unbemerkt von den Tätern brennende Flüssigkeiten, mit deren Hilfe ein Terroranschlag verübt werden sollte, gegen harmlose Substanzen auszutauschen. „Warum soll das in der virtuellen Welt nicht zulässig sein?“, fragte Mertens bei der Anhörung. „Bei einem Terrorverdächtigen könnte die Polizei z. B. eine Software auf das Smartphone des potenziellen Attentäters installieren, mit deren Hilfe die geplante Fernauslösung einer Bombe verhindert wird.“

Dass beide Kritikpunkte noch im laufenden Gesetzgebungsverfahren berücksichtigt werden, ist eher unwahrscheinlich. Aber die Landesregierung hat auch kein komplett neues Polizeigesetz aus einem Guss vorgelegt, sondern sie hat angekündigt, die notwendigen Änderungen am Polizeigesetz in mehreren Einzelschritten anzugehen. Die Forderungen der GdP bleiben deshalb auch nach den jetzt von CDU und FDP auf den Weg gebrachten Änderungen des Polizeigesetzes aktuell.

Die detaillierte Stellungnahme der GdP zur Änderung des Polizeigesetzes findet sich auf der Homepage des Landesbezirks: [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)

## Verkehrsforum in Kooperation mit der Messe Essen

Nachdem das ursprünglich für den 24. Oktober geplante Verkehrsforum zum Thema Radverkehr aufgrund der hohen Einsatzbelastung der Polizei nicht durchgeführt werden konnte, findet das Forum jetzt am 21. Februar in Essen statt. Kooperationspartner des eintägigen Fachforums ist die Messe Essen, in der zeitgleich die Fahrrad Essen stattfindet.

Im Mittelpunkt des Verkehrsforums stehen der seit Jahren wachsende Fahrradboom und die damit verbundenen Herausforderungen für die Verkehrssicherheit. In einem zweiten Block werden die Teilnehmer die Neuausrichtung der Verkehrsdirektionen der Polizei in den Blick nehmen.

Im Anschluss an das Forum können die Teilnehmer noch einen Rundgang über die größte Fahrradmesse in NRW machen. Der Besuch der Messe ist für die Forumteilnehmer kostenfrei.

Mehr Infos in Kürze unter: [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)





## 2018 – Ein Rückblick in Schlagzeilen

++++ **Forderungen zum Haushalt:** Mit Mehrausgaben von 92 Mio. Euro wächst der Anteil der Polizei am Gesamtetat des Landes von 74,5 Mrd. Euro nur minimal – auf gerade einmal 4,36 Prozent. Die GdP fordert, dass die strukturelle Unterfinanzierung der Polizei beendet wird. Bei der Landtagsanhörung zum Haushalt hatte sie neun konkrete Forderungen benannt, darunter die Anhebung der Stellenplanobergrenzen im gehobenen Dienst, die Nachbesetzung der Durchfallerquote und den Abbau der Überstunden. ++++ **Tarifstellen können endlich entfristet werden:** Mitte Januar gibt es zumindest einen ersten Erfolg: Der Landtag verabschiedet den Haushalt. Damit ist der Weg endlich frei, um die 350 Stellen im Tarifbereich aus dem Maßnahmenpaket zu entfristen. ++++ **Ein Jahr Social Media:** Anfang 2018 folgen der GdP 2089 Abonnenten auf Facebook, bei Twitter sind es 556. Doch das ist erst der Anfang: Bis November steigt die Zahl der Facebook-Abonnenten auf 4000. Auch bei Twitter wird die 1000er-Grenze deutlich überschritten. Seit September ist der Landesbezirk zudem auch auf Instagram vertreten. ++++ **Überstundenberg deutlich höher als bislang behauptet:** Innenminister Herbert Reul (CDU) räumt Ende Januar ein, dass der Überstundenberg bei der Polizei auf über fünf Millionen Stunden gestiegen ist. Er gibt damit der GdP Recht, die immer wieder darauf hingewiesen hatte, dass zu den Überstunden nicht nur 3,6 Millionen Arbeitsstunden zählen, die offiziell als Mehrarbeitsstunden registriert sind, sondern auch die 1,8 Millionen Überstunden, die auf GLAZ-, FLAZ- oder sonstigen Differenzkonten schlummern. ++++ **Probelauf für neuen Streifenwagen:** Ende Januar startet ein auf fünf Wochen ausgelegter Pilotlauf, in dem Kolleginnen und Kollegen aus fünf Polizeibehörden in NRW fünf verschiedene Automodelle auf deren Praxistauglichkeit prüfen. Dass die Polizistinnen und Polizisten mitentscheiden können, wie ihr Einsatzwagen aussieht, ist ein Erfolg der GdP. ++++ **GdP unterstützt den Vorstoß, Polizisten besser auf Einsatzsituationen vorzubereiten:** In einem Ende Februar bekannt gewordenem internen Positionspapier fordert eine Arbeitsgruppe des LAFP ein robusteres Einsatzkonzept. Die GdP unterstützt die grundsätzliche Neuausrichtung. ++++ **Der prüfungserleichterte Aufstieg in den höheren Dienst kommt:** Jahrelang hat die GdP dafür gekämpft, dass neben den Verwaltungsbeamten und der Feuerwehr auch Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte die Möglichkeit haben müssen, durch eine modulare Qualifizierung in den höheren Dienst aufzusteigen. Ende Februar setzt das Innenministerium die Forderung mit der Änderung der Laufbahnverordnung der Polizei endlich um. ++++ **Große Anteilnahme mit den Opfern des verheerenden Unfalls auf der A 61:** 15 861 Euro zahlen die GdP-Mitglieder bis Anfang April auf das Spendenkonto ein, das der Landesbezirk nach dem verheerenden Verkehrsunfall auf der A 61 eingerichtet hat. Bei dem Unfall war die Kollegin Yvonne Nienhaus (23) getötet worden. ++++ **Messerstatistik ab 2019:** Nach der tödlichen Messerattacke an einer Gesamtschule in Lünen fordert die GdP eine eigene Messerstatistik. Dieser Forderung kommt Innenminister Reul Ende März nach und kündigt an, dass ab 2019 Messerattacken in NRW gesondert erfasst werden. ++++ **Neues Polizeigesetz:** Für die GdP steht fest, dass die neuen Befugnisse der Polizei verhältnismäßig sein müssen. Deshalb unterstützt sie den von CDU und FDP vorgelegten Gesetzesentwurf, fordert aber Nachbesserungen bei Details wie der „drohenden Gefahr“ und der Frage, unter welchen Voraussetzungen ein Tatverdächtiger unterhalb der Schwelle der konkreten Gefahr in Gewahrsam genommen werden kann. ++++ **OVG bestätigt Mindestgröße:** Ende Juni erklärt das Oberverwaltungsgericht in Münster die Festlegung einer einheitlichen Mindestgröße von 163 cm für den Polizeivollzugsdienst in NRW für rechtmäßig. ++++ **GdP fordert Spuckhauben:** Weil 2017 mehr als 900 Polizisten in NRW bei Einsätzen bespuckt worden sind, fordert die GdP im Juli die Anschaffung von Spuckhauben. Innenminister Reul greift die Idee auf. ++++ **Neue Einsatzhandschuhe kommen:** Im Frühherbst gibt es noch eine weiteren Verbesserung der Ausrüstung: Um die Kolleginnen und Kollegen bei Angriffen besser zu schützen, kündigt das Innenministerium die Anschaffung von neuen Einsatzhandschuhen an. Die Auslieferung erfolgt in Etappen. ++++ **Außentragehülle kommt:** Ab Oktober werden zudem 25 000 Außentragehüllen ausgeliefert. Damit wird eine weitere Forderung der GdP umgesetzt. ++++ **Erst reden, dann roden:** Ende August warnt die GdP davor, dass es in den kommenden Wochen im rheinischen Braunkohlrevier zu ähnlichen Gewalttaten wie bei den Anti-AKW-Protesten in den Siebziger- und Achtzigerjahren kommen kann. Die GdP fordert Politik und Wirtschaft auf, erst zu prüfen, ob die Rodungsarbeiten im Hambacher Forst noch notwen-





dig sind. ++++ **Kein Anspruch für die Vergangenheit:** Jahrelang hat die GdP um die Anerkennung der Rüstzeiten als Arbeitszeit gekämpft. Anfang November entscheidet das Bundesverwaltungsgericht die Frage endgültig: Weil die Polizistinnen und Polizisten freiwillig verfrüht zum Dienst gekommen seien, gibt es für die Vergangenheit keine Zeitgutschrift. Die zwölf Minuten, die seit Juli 2017 pro Schicht gutgeschrieben werden, bleiben davon unberührt. ++++ **Räumungsstopp im Hambacher Forst:** Nur eine Woche vor dem geplanten Beginn der Rodungsarbeiten verhängt das Oberverwaltungsgericht von NRW am 5. Oktober einen vorläufigen Rodungsstopp für den Hambacher Forst. ++++ **Auslieferung der ballistischen Schutzhelme beginnt:** Das Innenministerium kündigt an, dass 7000 neue ballistische Schutzhelme angeschafft werden. Die Kosten belaufen sich auf fünf Millionen Euro. ++++ **Landesregierung entschärft Polizeigesetz:** Nach massiver Kritik am ursprünglichen Gesetzentwurf legt Innenminister Reul im Herbst einen deutlich entschärften Gesetzentwurf vor. Die GdP begrüßt die Kurskorrektur, fordert bei einer Landtagsanhörung Mitte November aber mehr Rechte für die Polizei bei der Terrorbekämpfung. ++++ **Neuer Vertreter beim Bund:** Vom 26 bis 29. November tagt in Berlin der GdP-Bundeskongress. Der neue Landesvorsitzende Michael Mertens tritt als stellvertretender Bundesvorsitzender an.

**Wechsel an der Spitze:** In der GdP kommt dem Vorsitzenden eine besondere Rolle zu. Er ist nicht nur der wichtigste Gesprächspartner für die Politik und die Behörden, wenn es um Interessen der Beschäftigten bei der Polizei geht, sondern er ist auch das Gesicht der GdP in der Öffentlichkeit. Deshalb war der Landesdelegiertentag vom 24. bis 26. April in Düsseldorf ein ganz besonderes Ereignis: In einer Kampfabstimmung wählten 168 Delegierte aus ganz NRW den bisherigen stellvertretenden Landesvorsitzenden Michael Mertens zum neuen Vorsitzenden. Er folgte Arnold Plickert, der sechs Jahre an der Spitze der GdP gestanden hatte. Volker Huß, Jutta Jakobs, Heiko Müller und Rainer Peltz wurden als stellvertretende Landesvorsitzende gewählt. Dem neuen elköpfigen Vorstand gehören außerdem Lorenz Rojahn, Frank Schniedermeier, Michael Maatz, Meike to Baben, Markus Robert und Andreas Pein an.

Zudem haben die Delegierten mehr als 200 Anträge beraten. Und gefeiert wurde in Düsseldorf auch! Mit einem Festakt zur Erinnerung an die Gründung des Bundes der Polizeibeamten Nordrhein-Westfalen – dem ältesten Vorläufer der zwei Jahre später entstandenen GdP – am 22. Juli 1948 in Düsseldorf-Benrath. Gefeiert wurde mit viel politischer Prominenz, darunter nicht nur GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow und die nordrhein-westfälische DGB-Vorsitzende Anja Weber, sondern auch Ministerpräsident Armin Laschet und Innenminister Herbert Reul.

# Lesen, anmelden, teilnehmen – das GdP-Bildungsprogramm 2019 steht

**Bewährte Ansätze weiter ausbauen und Neues entwickeln – das ist die Prämisse für das Bildungsprogramm des kommenden Jahres. Konkret: Mit mehr als sechzig Seminaren ist das Bildungsangebot des GdP-Landesbezirks für 2019 noch einmal breiter geworden.**

Neu im Bildungsprogramm sind differenzierte Seminarangebote zum Thema Rechtsextremismus. Wieder aufgenommen ist das Berlin-Seminar, das in guter Gesellschaft mit weiteren Seminaren zur aktuellen Gesellschaftspolitik steht: Islam, Europa, Fragen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Auch die „Hotline-Seminare“ zur aktuellen Gesellschafts- und Gewerkschaftspolitik, die sich vor allem an aktive Kolleginnen und Kollegen in den Kreisgruppen richten, sind wieder in

das Seminarprogramm aufgenommen worden.

Eine deutliche Verbesserung gibt es auch im Bereich „Vorbereitung auf den Ruhestand“. Die Seminare werden grundsätzlich wieder als dreitägige Seminare angeboten, damit genug Zeit zur Diskussion und Intensivierung bleibt. Zudem gibt es hier ein eigenes Angebot für den Tarifbereich – als Vorbereitung auf die Rente! Zusätzlich gibt es mehrere eintägige Foren zur Vorbereitung auf den Ruhestand, die dezentral bei den Bezirksverbänden angesiedelt sind.

Ein festes Standbein für die gewerkschaftliche Bildung bilden zudem die polizeispezifischen Themen – ob Kripo oder Wach- und Wechseldienst, Bepo oder Verwaltungsbeamte – sowohl in Bezug auf die Grundsatzfragen, als auch zu den hochaktuellen Entwicklungen in den einzelnen Bereichen.

Im Fokus des Seminarprogramms für 2019 stehen zudem die gewerkschaftlichen Grundfragen: Ob Personalrats- und Vertrauensleutearbeit, Beamten- oder Tarifrecht, gewerkschaftliche Pressearbeit sowie unsere Gruppenangebote speziell für Frauen, Senioren und unsere jungen Mitglieder. Und nicht zu vergessen: Unser Seminarangebot für angehenden Rechtsschutzexperten und künftigen DO-Verteidiger. Auch hier bleiben wir „oft kopiert und nie erreicht“!

Ein Highlight des Bildungsprogramms ist auch 2019 wieder die Gewerkschaftsakademie: Sie bietet für alle, die aktiv in die Gewerkschafts- und Personalratsarbeit einsteigen möchten, ein eigenes über drei Jahre laufendes Seminarprogramm an.

Die Seminare sind für alle GdP-Mitglieder kostenlos. Und sie sind sonderurlaubsfähig!

Mehr Infos gibt es im beiliegenden Bildungsprogramm und auf der Homepage des Landesbezirks: [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe:  
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

**Geschäftsstelle:**

Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf  
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 2 91 01-0  
Internet: [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)  
E-Mail: [info@gdp-nrw.de](mailto:info@gdp-nrw.de)  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Redaktion:**

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)  
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)  
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 32  
Telefax: (02 11) 2 91 01 46  
E-Mail: [stephan.hegger@gdp-nrw.de](mailto:stephan.hegger@gdp-nrw.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**

VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40  
vom 1. Januar 2018

**Herstellung:**

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42–50, 47608 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss der Januar-Ausgabe  
ist der 4. Dezember.**

**GdP-Service GmbH NRW:**

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45  
Telefax: (02 11) 2 91 01 15  
Internet: [www.gdp-reiseservice.de](http://www.gdp-reiseservice.de)  
E-Mail: [penguin@gdp-reiseservice.de](mailto:penguin@gdp-reiseservice.de)

## GdP fordert personalisierte Tickets für Gästefans

**Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen verfeindeten Fußballfans, das Abfeuern von Pyrotechnik mitten im Stadion und massive Angriffe auf die zum Schutz der Zuschauer eingesetzten Polizisten gehören seit Jahren zum Bundesliga-Alltag. Das Ausmaß an Hass und Brutalität, das sich Ende Oktober bei einem Erstligaspiel des BVB gegen Hertha BSC gezeigt hat, ging weit darüber hinaus. Weil die Polizisten im Gästeblock der Hertha-Fans eine Fahne sicherstellen wollten, in deren Schutz zuvor massenweise Bengalos abgebrannt worden waren, prügelten verummte Hertha-Fans minutenlang völlig hemmungslos auf die Polizisten ein. Es gab zahlreiche Tritte und Schläge gegen die Beamten, abgebrochene Fahnenstangen wurden gezielt als Waffe eingesetzt. Für die GdP war das ein Foul zu viel. Sie fordert, dass zumindest bei Risikospiele für die Gästefans personalisierte Eintrittskarten eingeführt werden, um der wachsenden Gewalt in den Stadien endlich Einhalt zu gebieten.**

„Wir wollen keine englischen Verhältnisse, wo sich jeder Stadionbesucher vor dem Spielbeginn registrieren lassen muss“, sagte GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens nach dem Dortmunder Gewalt-Exzess gegenüber der Aachener Zeitung, „aber wir

können auch nicht die Augen davor verschließen, dass die Gewaltausbrüche in den Stadien vor allem von den Gästefans ausgehen“.

Um dem entgegenzutreten, sieht die GdP auch die Vereine gefordert: Die in vielen Stadien gängige Praxis,



dass die Fanggruppierung großflächige Transparente aufziehen, um in deren Schutz massenweise Bengalos abzufackeln und dadurch andere Zuschauer massiv zu gefährden, ist aus Sicht der GdP nicht länger hinnehmbar. „Wenn unter dem Deckmantel einer Choreografie Pyrotechnik gezündet wird, die zu Verletzungen Unbeteiligter führt, hat das mit Fankultur nichts zu tun – das ist schlichtweg eine Straftat“, sagte Mertens gegenüber der Aachener Zeitung. Deshalb müssten Pyros konsequent aus den Stadien verbannt werden. „Das ist nicht verhandelbar – oder muss erst ein Menschenleben geopfert werden?“, warnte er.

Wird gegen das bestehende Pyroverbot in den Stadien verstoßen, sieht die GdP auch die Vereine in der Pflicht. Hier gibt es massiven Nachholbedarf: „Die Vereine und der DFB knicken viel zu oft vor den eigenen Fans ein“, kritisierte Mertens in einem Anfang November veröffentlichten Gespräch mit der Westdeutschen Zeitung (WZ). Vor allem, wenn es um das Abfackeln von Pyrotechnik geht. „Die Vereine sind sensibel mit ihren Fans, weil sie von ihnen

wiedergewählt werden wollen. Da sind Abhängigkeiten entstanden“, warnte er. Auch das Selbstverständnis vieler Fanggruppierungen, aber auch der Vereine, dass es in den Stadien und auf den Tribünen rechtsfreie Räume gibt, in denen die Polizei nichts zu suchen hat, sind für die GdP nicht länger hinnehmbar. „Wenn es je eine No-go-Area für Polizisten in NRW gegeben hat, dann ist es der Fanblock in der Bundesliga“, kritisierte Mertens in der WZ. Und ergänzte: „Es muss endlich wieder zur Selbstverständlichkeit werden, dass Polizisten auch in den Fanblöcken stehen und eingreifen können.“

Auch Innenminister Herbert Reul (CDU) fordert ein konsequentes Einschreiten der Polizei gegenüber gewalttätigen Fußballfans. Unmittelbar nach dem Gewalt-Exzess in Dortmund hatte sich Reul in einem Gespräch mit der Bild-Zeitung ebenfalls für personalisierte Eintrittskarten bei Risikospielen stark gemacht. NRWs Innenminister versprach, das Thema auch bei der Innenministerkonferenz der Länder Ende November auf die Tagesordnung zu setzen.

## Die GdP gratuliert

### 90. Geburtstag

5.12. Gottfried Hayn, Bergheim  
11.12. Therese Pütz, Vettweiß  
16.12. Otto Eichwald, Lüdinghausen

### 91. Geburtstag

3.12. Annelies Hoffknecht, Salzkotten  
4.12. Ruth Klostermann, Köln  
19.12. Charlotte Pomp, Velbert  
20.12. Hans Klingebiel, Dorsten  
31.12. Karl Krüger, Ratingen

### 92. Geburtstag

12.12. Heinz Heck, Remscheid  
20.12. Hans-Gerd Hönscheid, Wuppertal  
22.12. Johanna Lempka, Münster  
26.12. Paul Meier, Hövelhof

### 93. Geburtstag

4.12. Günter Kern, Erftstadt  
6.12. Theodor Behrendt, Duisburg  
7.12. Elli Hammer, Viersen  
24.12. Anne-Margret Pape, Bielefeld  
31.12. Helga Klein, Bochum

### 94. Geburtstag

6.12. Kurt Buchholz, Solingen  
15.12. Margarete Bruckhaus, Duisburg  
18.12. Hedwig König, Paderborn  
29.12. Hermann Hanisch, Krefeld

### 95. Geburtstag

7.12. Siegfried Fulland, Bochum

### 96. Geburtstag

18.12. Willibald Kuß, Gelsenkirchen  
26.12. Johannes Franzpötter, Beckum

### 97. Geburtstag

14.12. Hans Mertens, Essen  
20.12. Johann Ludwig, Düsseldorf

### 98. Geburtstag

3.12. Ilse Martin, Wuppertal

### 99. Geburtstag

12.12. Lieselotte Pauluhn, Brühl  
19.12. Ursula Welling, Düsseldorf

**Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.**



**WÄHLEN SIE JETZT IHREN  
PERSÖNLICHEN TRAUMURLAUB  
UND SICHERN SIE SICH EINEN  
UNSERER TOLLEN REISE-DEALS  
MIT BIS ZU  
60% RABATT!**



### UNSERE HIGHLIGHTS:

- ✓ ANGEBOTE FÜR JEDE ZIELGRUPPE UND JEDES BUDGET
- ✓ ATTRAKTIVER FRÜHBÜCHERBONUS
- ✓ WEITERE SPARANGEBOTE UND VIELES MEHR...!

**Jetzt buchen auf [www.xitt.de](http://www.xitt.de)**

XITT - eine Marke der ITT GmbH  
Oststr. 115 / 40210 Düsseldorf  
Tel.: +49 (0)211 38 690-300 [service@xitt.de](mailto:service@xitt.de)



## GdP aktiv

**3. 12.**, Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Gütersloh, 14:15 Uhr, Spexarder Bauernhaus, Lukasstraße 14, Gütersloh

**5. 12.**, Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Innenministerium, 15:30 Uhr, Ministerium des Innern,

Conference Center 2, 14. Etage, Friedrichstraße 62–80, Düsseldorf

**6. 12.**, Jubilarehrung der Kreisgruppe Bochum, 15:30 Uhr, PP Bochum, Kantine, Gebäude 2, Eingang Schillerplatz, Bochum

## Glücksnummern des Monats

45 19522  
Kornelia Raida, Selm  
45 18521  
Martin Taron, BZ Carl Severing  
45 11470  
Astrid Fettweiß, LZPD  
45 13356  
Rene Thiem, Bielefeld

**Die Gewinner im Dezember erhalten einen GdP-USB-Stick „Polizeiauto“.**

## Senioren aktuell

### Kreisgruppe Aachen

6. Dezember, 15 Uhr, Senioren-Weihnachtsfeier, Saalbau Kommer, Forster Linde 55, 52078 Aachen, Anmeldeschluss bis 4. Dezember 2018 unter 02 41/95 77-2 30 01

### Kreisgruppe Dortmund

12. Dezember, 17 Uhr, Senioren-Weihnachtsfeier, Aula PP Dortmund, Markgrafenstr. 102, 44139 Dortmund, Anmeldungen Michael Murawski, 02 31/53 21 80 14, Kostenbeitrag Büfett 20 Euro

### Kreisgruppe Düren

5. Dezember, 14 Uhr, vorweihnachtliches Seniorentreffen, Restaurant Strepp am See, Am Stausee 2, 52372 Kreuzau-Obermaubach

### Kreisgruppe Essen

11. Dezember, 15 Uhr, Senioren-Weihnachtsfeier und Jubilarehrung, Festsaal Hotel Franz, Steeler Str. 261, 45138 Essen, Anmeldung Di.-Fr. von 9 bis 12 Uhr unter 02 01/8 29-24 80

### Kreisgruppe Ennepe-Ruhr

12. Dezember, 15 Uhr, Senioren-Nikolaus-Kaffeetrinken, Berghäuser Hof, Hattinger Str. 121, 58332 Schwelm

### Kreisgruppe Heinsberg

13. Dezember, 15 Uhr, vorweihnachtliche Senioren-Feier, Gasthaus Sodekamp-Dohmen, Breite Str. 3, 41836 Hückelhoven-Hilfarth, Anmeldung 0 24 31/ 58 80 oder 0 24 52/9 20 12 00

### Kreisgruppe Köln

20. Dezember, 14 Uhr, Jahresabschluss Senioren, Pfarrsaal St. Georg, Georgstr. 2–4/Ecke Waidmarkt, 50676 Köln

### Kreisgruppe Mettmann

10. Januar, 17 Uhr, Senioren-Stammtisch, Ratskeller, Hauptstr. 18, 40764 Langenfeld

### Kreisgruppe Märkischer Kreis

12. Dezember, 10 Uhr, Besichtigung des Kreishauses, Bernhard Heckenkemper referiert zum Beihilferecht, PP Märkischer Kreis, Fried-

richstr. 70, 58636 Iserlohn, Anmeldung 0 23 71/91 99-88 03

### Kreisgruppe Mönchengladbach

13. Dezember, 16 Uhr, Turnerheim, Nordstr. 133, 41236 Mönchengladbach, Mitgliederehrung/Senioren-Weihnachtsfeier, Anmeldung unter gdp.mg@t-online.de oder 0 21 61/ 2 91 03 00

### Kreisgruppe Unna

13. Dezember, 15 Uhr, Senioren-Adventsfeier und Jubilarehrung, Café Bistro im Park, Luisenstr. 22, 59425 Unna. Anmeldungen bitte bis zum 8.12. an bernhard.christmann@t-online.de oder Michael Schumacher, 0 25 96/63 78 97

### Kreisgruppe Siegburg

6. Dezember, 17 Uhr, Senioren-Weihnachtsfeier und Jubilarehrung, Hennefer Wirtshaus, Bahnhofstr. 19, 53773 Hennef

## NACHRUFE

Hermann Bloebaum	22.04.1946	Bielefeld	Friedhelm Schmitte	13.09.1959	Mettmann
Margarete Bökemeier	21.07.1921	Bochum	Karl Heinz Sievers	26.09.1952	Minden-Lübbecke
Karl Müller	13.02.1933	Bochum	Ingolf Jansen	23.10.1928	Münster
Josef Krabbe	28.09.1949	Borken	Rudolf Tappeser	11.03.1927	Münster
Werner Ashoff	16.07.1935	Dortmund	Dirk Gensmann	15.07.1960	Neuss
Friedel-Georg Leimbach	05.12.1935	Dortmund	Heinz Heene	17.05.1931	Oberbergischer Kreis
Hermann Stöckmann	19.08.1927	Gelsenkirchen	Kurt Kaßner	03.02.1951	Oberbergischer Kreis
Ralf Lechtermann	21.01.1960	Gütersloh	Gerd Leefmann	25.07.1945	Oberhausen
Alfred Zill	06.03.1934	Herford	Angelika Meyer	30.01.1944	Recklinghausen
Maria Theresia Knoop	03.01.1927	Hochsauerlandkreis	Christian Fülster	22.06.1955	Rheinisch Bergischer Kreis
Michael Verhoeven	11.06.1960	Kleve	Wilfried Lonnemann	29.12.1944	Steinfurt
Helga Meyer	09.11.1926	Köln	Heinrich Keuper	18.09.1937	Warendorf
Günter Hammermann	10.01.1933	Mettmann			

